Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

№ 94. Dienstag den 24. April. 1849.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

Inland.

Berlin, den 19. April. Se. Majestät der König haben heute Mittag im Schlosse zu Charlottenburg den bisherigen Königlich Niederländischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am hiesigen Hofe, Freiherrn Schimmelpenninck von der Oye, in einer Privat-Audienz zu empfangen und aus seinen Händen das Schreiben Sr. Majestät des jetzt regierenden Königs der Niederlande, wodurch derselbe in der gedachten Eigenschaft von neuem beglaubigt wird, entgegenzunehmen geruhet.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angestellten Geheimen Hofrathe Beyer den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen.

Se. Excellenz der Finanz-Minister der provisorischen Centralgewalt, von Beckerath, ist von Frankfurt a. M., und der Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Graf vom Hagen, ist von Möckern hier angekommen.

Berlin, den 20. April. Heute früh um 6 Uhr traf mit einem Extrazuge Herr v. Beckerath aus Frankfurt hier ein, um mit dem Ministerium über die endliche Entscheidung der Deutschen Frage zu unterhandeln. Er wohnte heute Vormittag bereits einer Konferenz des Staats-Ministeriums bei, hat heute Mittag eine Audienz bei Seiner Majestät dem Könige und wird heute Abend wiederum einer Sitzung des Staats-Ministeriums beiwohnen.

CC Berlin, den 20. April. Trotz der vielen Revolutionen, welche das Französische Volk seit mehr denn sechzig Jahren erlebt hat, trotz dem dies leichte Volk durch die erste dieser Revolutionen und die endlosen Kriege Napoleons mehr als dezimirt wurde, so daß man gewiß berechtigt wäre, jeden organischen Zusammenhang der republikanischen Gegenwart mit der absolutistischen Vergangenheit wegzuläugnen, ist dennoch die Erinnerung an die Bourbonische Vergangenheit unter den Franzosen noch so lebendig, daß eine Restitution derselben gar nicht außer der Wahrscheinlichkeit liegt. — Selbst die provinzialen Sonderheiten sind ungeachtet der 60jährigen Centralisation des Landes noch so kräftig, daß die nächste Pariser Revolution sie gewiß zu neuem Sonderleben aufrufen wird. Dies Beispiel des leichtsinnigen Nachbarvolkes mögen diejenigen wohl beherzigen, welche noch immer daran zweifeln möchten, daß das ernste und mehr wie jedes andere an seiner Vergangenheit hängende Deutsche Volk die Revolution des vorigen Jahres nur gemacht hat, um unter einem Kaiser den alten Ruhm und die alte Geltung wieder zu erlangen. Das Deutsche Volk will weder Republik mit einem Präsidenten, noch an die Stelle des alten Bundes einen neuen mit einem Direktorium; es will ein Deutsches Reich mit einem Deutschen Kaiser.

Sechsundzwanzig Regierungen haben diesem Willen ihrer Völker sich gefügt; allerdings die kleinern, die dem Volkswillen weniger Regierungswillen entgegen zu setzen haben; aber das mächtige Preußen wird sich ihnen anschließen, oder hat sich bereits angeschlossen, und nur noch Sachsen, Baiern und Hannover sind zurück. Denken sie ihre Völker mit Albertinischer, Wittelsbachischer oder Welfischer Hausgeschichte sättigen zu können? Wir zweifeln daran; nicht einmal für die frommen Altbaiern wird die Geschichte der Wittelsbacher ausreichen, geschweige denn für diejenigen Landestheile, mit denen Napoleon den Verrath der Wittelsbacher am Deutschen Lande belohnte. Nicht besser steht es um Hannover, die Welfen waren ein ruhmvolles Geschlecht, aber sein Ruhm wurde zerbrochen durch die mächtige Hand Friedrich des Rothbarts und er wird nicht geheilt in den Drosteien, welche England für sein Stiefkind auf dem Wiener Congresse verschacherte. Der alte Welf möge sich nicht einbilden, heute widerstehen zu können, wo er vor 700 Jahren erlegen ist. Friedrich der Rothbart ist unwiderstehlich und die Kaiseridee unbesieglich.

— Bereits gestern Abend wurde mit großer Bestimmtheit erzählt, daß Friedrich Wilhelm IV. sich für Annahme der Deutschen Kaiserwürde erklärt habe, doch unter der Bedingung, daß die Verpflichtung auf die Verfassung hinausgeschoben würde bis nach Revision derselben.

— In der heute hier bekannt gewordenen Intervention der Französischen Regierung zu Gunsten des Papstes oder wie Odilon Barrot sich aussprach, der wahren Freiheit sieht man hier allgemein nur einen Beweis von einem zwischen Oesterreich, Rußland und Frankreich abgeschlossenen geheimen Bündnisse zur Wiederherstellung der Verträge von 1815.

CC Berlin, den 21. April. Diejenigen 30 Deutschen Regierungen, welche die Anerkennung der in Frankfurt beschlossenen Deutschen Reichsverfassung ausgesprochen haben, repräsentiren eine Seelenzahl von 6 Millionen 600,000; diejenigen Staaten, deren Zustimmung noch erwartet wird, zählen ohne Preußen 12 Mill. 350,000 Einwohner, und mit diesem 27 Millionen; ausgeschlossen vom neuen Reiche oder Bundesstaate hat sich Oesterreich mit beiläufig 12 Millionen, darunter aber nur etwa $5\frac{1}{2}$ Millionen Deutscher. Demnach ist Verfassung und Kaiserthum anerkannt für etwas weniger als ein Achtel der Deutschen, in Frage steht sie für etwa $\frac{5}{8}$, und ausgeschlossen davon sind vorläufig etwa zwei Achtel. Daß unter den in Frage stehenden fünf Achtel wenigstens noch drei Achtel sich befinden, welche die Anerkennung, wenn auch nicht der Verfassung so doch des Kaiserthums sehnlichst herbeiwünschen, kann nicht bezweifelt werden. Lokal ist das Verlangen nach dem Kaiserthume am meisten verbreitet in den Ländern an der Unter-Elbe, an der Weser, am ganzen Rheine und am Maine, also in den uralt Deutschen Landestheilen; am wenigsten lebendig dürfte sich die Kaiseridee in den dem Slaventhume aberoberten Gebieten, namentlich in der Mark Brandenburg und in Pommern finden, ganz natürlich, da die Bewohner derselben von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß sie in den letzten zwei Jahrhunderten unter den Hohenzollern mehr und besser Deutsche Geschichte gemacht haben, als das sogenannte Reich unter den Habsburgern. Während das Reich unter Habsburg zum Kinderspotte herabsank, waren die Brandenburgisch-Preußischen Waffen gefürchtet und geehrt über Europa hinaus. Während das Deutsche Reich, weil seine Kaiser nur für ihre Erblande sorgten, mit sich geschehen lassen mußte, was seine Nachbarn für gut fanden, konnten die Brandenburger und Pommern sich rühmen, durch ihre Fürsten theilzunehmen an der Leitung der Geschicke des Erdtheiles. Solche Erinnerungen verwischen sich nicht so leicht. Sie sind aber eben so lebendig in den Kaiserlich gesinnten Ländern, daher auch überall der Wunsch, die Kaiserkrone auf Preußen übertragen zu sehen, als denjenigen Staat, der seit dem westphälischen Frieden den ruhmvollen Theil der Deutschen Geschichte gemacht hat. Die verschiedenen Parteien mögen sich dagegen sträuben, wie sie wollen, sie mögen alle erdenklichen Hebel dagegen in Bewegung setzen, sie mögen das Volk hetzen im Namen der bedrohten Freiheit oder der Kirche; die Geschicke der Hohenzollern werden an der Spitze Deutschlands sich erfüllen.

— Ueber die Absichten der Regierung in Bezug auf die Deutsche Frage bringt jeder Tag, ja fast jede Stunde neue Gerüchte. Was so eben noch als ganz unfehlbar wahr versichert wurde, wird im nächsten Augenblicke durch einen eben so gut unterrichteten mit einer ganz entgegengesetzten Angabe wieder in Frage gestellt. So viel scheint aus Allem hervorzugehen, daß die Verfassung der Hauptstein des Anstoßes ist. — Beckerath ist hier angekommen, zu welchem Zwecke ist noch unbekannt. Jedenfalls steht seine Mission in Beziehung zur wichtigsten Tagesfrage.

— Nach der Bildung der Centra in der 2. Kammer scheint dieselbe gegenwärtig etwa in folgende Parteien zu zerfallen: 1) Die rechte Seite. Diese spaltet sich a) in die alleräußerste Rechte, unter v. Bismark, v. Kleist ꝛc., die Zahl ist gering; b) in die äußerste Rechte, unter v. Bodelschwingh, Graf v. Arnim ꝛc., 40 Mitglieder zählend, c) in die Rechte unter Vincke mit 70 Anhängern. 2) Centrum a) rechtes Centrum unter Harkort mit einigen 20 Mitgliedern; b) Centrum unter Wenzel-Immermann mit 12—15 Mitgliedern; c) linkes Centrum unter Kosch mit etwa 20 Mitgliedern. 3) Die linke Seite, zerfallend in a) gemäßigte Linke, die Rodbertus-Bergsche Partei mit ungefähr 50 Theilnehmern; b) eigentliche Linke unter Waldeck, etwa 90 Mitglieder stark, unter welchen sich aber zugleich c) die äußerste Linke, oder wie man sie auch nennen könnte, die Bergpartei befindet. Letztere wird sich wahrscheinlich demnächst auch äußerlich unter d'Ester als besondere Partei constituiren. Eine eigentlich ultramontane Partei, obwohl sie faktisch vorhanden ist, hat sich nicht gebildet, und wird sich wohl auch nicht bilden, weil sie unter den andern Fraktionen ihre Zwecke besser erreicht.

Breslau, den 19. April. Die hiesigen Zeitungen enthalten nachstehende Bekanntmachung: Die mittelst Verfügung des stellvertretenden Ober-Präsidenten, Frhrn. v. Schleinitz, vom 22. März c. ausgesprochene vorläufige Dienstenthebung der Bürgerwehr hiesiger Stadt ist durch die nachstehende Allerhöchste Verordnung bestätigt worden.

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc.

In Erwägung, daß ein großer Theil der Bürgerwehr in Breslau, einschließlich ihrer Führer, sich bereits in den Tagen des 19. und 20. Novembrer pr. in offener Auflehnung gegen die Anordnungen des Staats und in thätlicher Widersetzlichkeit gegen die geordneten städtischen Behörden befunden hat;

daß wiederum am 18. v. M. das Kommando der Bürgerwehr der Requisition der zuständigen Civil-Behörde um Assistenz der Bürgerwehr Folge zu geben, sich beharrlich geweigert hat;

daß ferner nicht nur eine Anzahl Bürgerwehrmänner und Führer, zum Theil mit Waffen, sondern sogar eine ganze Abtheilung der Bürgerwehr mit ihrem Führer und vollständig armirt, sich einem polizeilich untersagten Zuge an jenem Tage angeschlossen hat;

daß somit die Bürgerwehr den nach §. 1. des Gesetzes vom 17. Oktober v. J. ihr obliegenden Beruf nicht erfüllt, vielmehr das Gesetz wiederholentlich verletzt hat, verordnen hiermit auf den Antrag Unseres Ministers des Innern in Gemäßheit der §§. 3 und 4 des bezogenen Gesetzes, welche dahin lauten:

§. 3. — durch Königliche Verordnung kann aus wichtigen, in der Auflösungs-Ordre anzugebenden Gründen die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres Dienstes enthoben oder aufgelöst werden. Die Dienstenthebung darf nicht länger als 6 Monate dauern ꝛc.

§. 4. Wenn die Bürgerwehr einer Gemeinde oder eines Kreises den Requisitionen der Behörden Folge zu leisten sich weigert ꝛc. — so kann der Verwaltungs-Chef des Regierungsbezirks unter Angabe der Gründe sie vorläufig des Dienstes entheben. — Diese Dienstenthebung hört nach Ablauf von 4 Wochen von selbst auf, wenn nicht innerhalb dieser Zeit die Bestätigung derselben oder die Auflösung derselben nach §. 3 erfolgt.

Was folgt: Die durch die Verfügung des Regierungs-Präsidenten v. Schleinitz vom 22. v. M. ausgesprochene Dienstenthebung der Bürgerwehr der Stadt Breslau, wird bestätigt.

Der Minister des Innern ist mit den weiteren Anordnungen beauftragt.

Gegeben Charlottenburg, den 14 April 1849.

gez. Friedrich Wilhelm.

gegengez. v. Manteuffel.

Demgemäß habe ich heute den hiesigen Magistrat angewiesen, diesen Allerhöchsten Erlaß ohne Verzug dem Bürgerwehr-Kommando zu publiziren und dafür Sorge zu tragen, daß sich die hiesige Bürgerwehr bis zu ihrer bevorstehenden Reorganisation nach dem Gesetze vom 17. October pr. jeglicher Dienstverrichtung enthalte.

Breslau, den 20. April. Das vielfach verbreitete Gerücht, daß in den letzten Tagen vor den Thoren von Buda-Pesth eine große Schlacht geschlagen und von den Magyaren gewonnen sein soll, erweist sich als unwahr. Komorn wird nach wie vor von einem Belagerungscorps von 20,000 Mann ohne Störung von Außen cernirt und bombardirt. Feldzeugmeister von Welden ist bereits am 17. früh auf dem Dampfboote an Preßburg vorbeigefahren, um an den Ort seiner neuesten Bestimmung zu eilen. In den bereits occupirten Komitaten wird schon tüchtig recrutirt, und soll diese Recrutirung für die Kaiserl. Armee ohne Schwierigkeiten von Statten gehen. — Der Mangel an Aerzten in der Kaiserlichen Armee in Ungarn scheint sehr groß zu sein, und hat sich deßhalb das Kriegsministerium wegen dringender Abhülfe dieses Mangels an das Ministerium des Innern gewendet. Letzteres hat einen Aufruf ergehen lassen an alle noch nicht angestellten Medizinalpersonen, sich in den Kaiserlichen Feldlazarethen in Ungarn zur Aushülfe zur Disposition zu stellen unter der Zusicherung, daß dergleichen Personen bei zukünftigen Verleihungen von Anstellungen im Staatsdienste vorzugsweise berücksichtigt werden sollen. — Briefe aus Pesth vom 17. d. M. melden, daß in der Nähe dieser Stadt an demselben Tage beim Recognosciren ein Vorpostengefecht stattgefunden habe, wobei die Ungarischen Vorposten zurückgetrieben wurden. Am Abende desselben Tages besuchte der Banus an der Spitze mehrerer Generäle die Stadt.

Neufahrwasser, den 18. April, Morgens 6 Uhr. In der vorigen Nacht haben wir einen unerfreulichen Besuch erhalten, nämlich den einer Dänischen Kutter-Brigg von anscheinend 12 bis 16 Kanonen. Sie liegt Ost vom Hafen und in der Entfernung von circa 1 Meile vor Anker. Um $5\frac{1}{2}$ Uhr fiel ein Schuß von ihr, wahrscheinlich um sich bemerklich zu machen. Da es fast windstill ist, so weht die sehr kleine Flagge, welche sie zeigt, nicht aus. Wenn jedoch die Farben derselben nicht zu unterscheiden sind, so ist doch die Dänische Spalte in ihr wahrzunehmen. Es sind 8 Kauffahrtei-Schiffe im Ansegeln, jedoch ist keins derselben bisher von der Brigg angehalten worden. Diese ist aber doch wahrscheinlich dazu bestimmt, die Blokade unseres Hafens in Ausführung zu bringen. Eine Kutter-Brigg!! Was sie etwa unternehmen wird, soll von hier aus mitgetheilt werden.

Magdeburg, den 19. April. Gestern fand hier eine Besprechung über kirchliche Angelegenheiten statt, die bedeutende Folgen haben kann. Der Stadtrath Funk leitete die Verhandlungen, und man beschloß, dahin zu wirken, daß im Laufe des Sommers ein deutsches kirchliches Vorparlament zusammentrete.

Soest, den 14. April. Von vielen Wahlmännern und Urwählern dieses Bezirks ist ein Mißtrauensvotum an Hrn. v. Bodelschwingh abgesandt worden.

Dresden, den 18. April. Die erste Kammer beschloß heute die Aufhebung aller Elbzölle.

Kassel, den 13. April. In der heutigen Sitzung der Stände-Versammlung interpellirte Herr Theobald das Ministerium: in wie fern das am 9. d. M. an das hiesige Volks-Comite ergangene Verbot, bei der Pflanzung der Blum's-Eiche rothe Fahnen zu tragen, mit dem Gesetz vom 19. Juli v. J., das Associations- und Petionsrecht betreffend, im Einklange stehe. Es seien in diesem Gesetze nur Vereine und Versammlungen zu ungesetzlichen Zwecken, sowie die Erreichung gesetzlicher Zwecke durch ungesetzliche Mittel verboten. Von diesen beiden Sachen habe aber das Volkscomite nichts beabsichtigt. Der Zug selbst habe nicht gegen das Gesetz verstoßen, weil er 24 Stunden vorher angezeigt war und rothe Fahnen seien kein ungesetzliches Mittel zur Erreichung erlaubter Zwecke.

Die rothe Farbe repräsentire überhaupt äußern Glanz; so tragen die Husaren rothe Beutelmützen, die Garde rothe Fahnen, die Eisenbahnwärter rothe Signalfahnen und die Vorhänge zur fürstlichen Loge im Ständehaus seien roth. Alles dieses bedeute aber weder rothe Republik, noch Communismus. Das Volkscomite sei bis jetzt keine communistische Behörde gewesen und habe auch bei dieser Gelegenheit nicht erklärt, daß die rothen Fahnen die rothe Republik und den Communismus repräsentiren sollten. Die Fahnen hätten rothen Grund, schwarze Embleme und goldene Verzierungen gehabt, also die Nationalfarben. Kein Gesetz verbiete das Tragen solcher Fahnen. Vor Zeiten sei wohl durch Bundestags-Beschlüsse das Tragen der schwarz-roth-goldenen Farbe verboten gewesen; er selbst habe sie als Mitglied der Burschenschaft und in den dreißiger Jahren getragen; damals sei wacker hinter ihm her agirt worden; er kenne Leute, die jetzt schwarz-roth-goldene Cocarden zwei Zoll groß im Durchmesser tragen, welche damals eifrig bemüht gewesen seien, dieselben zu vertilgen. Jetzt verbiete man die rothen Fahnen, wie man damals die schwarz-roth-goldenen, lange Haaren, Deutschen Rock, Spitzenkragen und andere dergleichen gefährliche Dinge verboten habe. An und für sich sei die Sache ziemlich gleichgiltig; allein wenn man rothe Fahnen verbiete, könne man auch andere Sachen verbieten, und es sei dieses daher der erste Schritt zu Consequenzen, die er nicht gezogen sehen möchte; er würde es für einen eben so großen Eingriff halten, wenn man etwa den Absolutisten in der Residenz verbieten wollte, aschgraue Fahnen zu tragen. In dem Verbote liege dreierlei: 1) daß etwas an sich Bedeutungsloses untersagt sei, 2) daß die Meinung unterstellt sei, man habe in Kassel die rothen Fahnen als Zeichen der rothen Republik und des Communismus zu tragen beabsichtigt, 3) daß das Volkscomite auf dem Verwaltungswege gewissermaßen verurtheilt worden sei. Von Seiten der Landtagscommission erfolgte heute noch keine Antwort. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Kassel, den 15. April. Die Ständeversammlung ist gestern Nachmittag in außerordentlicher Sitzung durch allerhöchstes Reskript auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Darmstadt, den 16. April. Nicht blos unsere vaterländischen und konstitutionellen Vereine regen sich mit Adressen an die Reichsversammlung und an die Regierung im Sinne des Beitrittes zu der am 28. v. M. verkündeten Reichsverfassung. Mehrere hier wohnende Mitglieder der 2. Kammer der Stände, welche bis zum 23. d. ihre Sitzungen ausgesetzt und sich beurlaubt hat, haben durch eine Eingabe an ihren Präsidenten, die Kammer zu gleichem Schritte zu veranlassen gesucht. Sie kündigen darin ihre Absicht an, folgenden Antrag zu stellen: „I. Hohe Kammer wolle erklären:

1) daß sie, wie sie stets die verfassunggebende Gewalt der deutschen Reichsversammlung anerkannt habe, so auch jetzt die verkündete Reichsverfassung als gültiges Grundgesetz für Deutschland anerkenne und unverbrüchlich daran festhalten werde, 2) daß sie eben deshalb eine gemeinsame Berathung der deutschen Regierungen über die Reichsverfassung für unzulässig und zwecklos erachte, 3) daß sie vielmehr, gestützt auf die freudige Zustimmung des hessischen Volkes mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln und Kräften für alsbaldige Einführung und Aufrechthaltung dieser Verfassung zu wirken und einzustehen bereit sei, 4) daß sie es tief beklagen müsse, wenn die Krone Preußen die ihr angetragene Kaiserwürde ablehnen und das preußische Volk eine solche Ablehnung zugeben würde.

II. Die großherzogliche Regierung zu ersuchen, dieser Erklärung sich anzuschließen, nach derselben zu verfahren, auch solche zur Kenntniß der Reichsversammlung und der Krone Preußen zu bringen.

III. Die 1. Kammer einzuladen, eine gleiche Erklärung und Bitte auszusprechen;"

und ersuchen wegen augenscheinlicher Dringlichkeit der Sache den Vorsitzenden der 2. Kammer, die letztere zum Zweck der Berathung und Beschlußfassung über obige Anträge unverzüglich einzuberufen. Unterzeichnet ist die Eingabe von den Abgeordneten Volhard, Elwert, Schenk, Kahlert, K. Zöppritz, Chr. Zöppritz und Reh.

Freiburg, den 16. April. Durch Verfügung des großherzogl. Staatsministeriums vom 13. d. M. ist das weitere gerichtliche Verfahren gegen die wegen Hochverraths in Anklagestand versetzte Amalie v. Struve und deren Bruder, P. Dusar, unter der Voraussetzung künftigen gesetzlichen Betragens, niedergeschlagen, und sind in Folge dessen beide der Haft entlassen worden.

Wien, den 19. April. Aus Gran erfährt man unterm 16. April: Die Magyaren sind seit vorgestern von Waitzen her, das sie stark besetzt im Rücken ließen, bei Parkany-Gron gegenüber eingetroffen. Hier stießen sie auf das ihres Führes beraubte Götz'sche Corps, welches sich bereits mit dem entbehrlichen Theile der Komorner Belagerungs-Truppen und der Brigade Jablonowski vereinigt hatte. Eine bedeutende Schlacht soll vorgefallen und sollen die numerisch überlegenen Magyaren weiter vorgedrungen sein, wobei es letzteren gelang, den F.-M.-. Simonich derart zu beschäftigen, daß sie mit einem großen Theil ihrer Heeresmacht dem aus Galizien heranrückenden F.-M.-L. Hammerstein entgegenziehen konnten, um dessen Vereinigung mit der K. K. Hauptmacht zu verhindern. — An der Börse waren heute günstigere Nachrichten über Ungarn verbreitet und sind die Course ansehnlich gestiegen. — Es ist kaum zu bezweifeln, daß auch für die Lambardei ein besonderes Papiergeld, gleichwie in Ungarn, mit Zwangscours eingeführt werden wird; nur soll dasselbe in Form verzinslicher Kassenanweisungen verausgabt werden.

Prag, den 16. April. Die officielle Nachricht, daß der Fürst Windischgrätz von der ungarischen Armee abberufen worden sei, erregt bei seinen Verehrern, trotz seiner Ernennung zum Oberhofmeister, lange Gesichter. Nun dürfte unser Interims-Commandirende, Graf Khevenhiller, wirklicher Commandirender werden. Zu seiner Charakteristik diene folgende Antwort, welche er unlängst den Deputirten der Slovanska lipa gab, die bei ihm freie Fahrt nach Olmütz haben wollten, um den Protest gegen die Verfassung dem Kaiser zu überreichen. Als sie sagten, daß sie, im Falle einer abschlägigen Antwort, nicht für die Ruhe der Stadt stehen könnten, antwortete er: „Für die Ruhe der Stadt stehe ich; sollte etwas geschehen, so lasse ich keinen Belagerungszustand eintreten, nicht bombardiren, sondern publicire Standrecht und hänge die Rädelsführer." Als der Kaufmann R. bemerkte, dies sei nicht die Art, mit Bürgern zu sprechen, fragte er: „Sie heißen?" R., war die Antwort. „Aha, ich kenne Sie, Sie sind auch unter Denen, die hängen werden; ich empfehle mich, meine Herren, wenn ich noch länger mit Ihnen spreche, möchte ich erfahren, daß Sie Alle darunter gehören."

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 16. April. National-Versammlung. (Nachtrag.) Um $3\frac{1}{4}$ Uhr ward die öffentliche Sitzung wieder geöffnet. Marrast: In Gewärtigung des Wahlresultats für die Kommission kehrt die Versammlung zum Finanz-Budget zurück. Kapitel 25. u. 26. (immer noch Rechnungshof) werden erledigt. Kapitel 27. bis 32. gehen ohne erhebliche Debatten durch. Die Zerstreuung ist allgemein. Alle Welt ist gespannt, auf den Bericht über die Italischen Gelder ($4\frac{1}{2}$ Uhr). Kapitel 32. (Generalsteuer-Einnehmer-Bonifikationen rc. 4,930,000 Franken). Die Kommission schlägt einen Abzug von 500,000 Franken vor. Der Abzug und das ganze Kapitel 32. gehen durch. Ebenso Kapitel 33. Marrast proklamirt zwei neue Staatsrathsglieder. Marrast: Eben (es ist 6 Uhr 5 Minuten) benachrichtigt mich die Kommission, daß ihr Bericht über die Intervention in Italien nicht vor 8 Uhr fertig sein kann. Montreuil schlägt eine Nachtsitzung vor (Oh! Oh!). Clement Thomas bekämpft dies. Man würde unter dem Einflusse körperlicher Ermattung votiren. Dann sei es der Gesundheit schädlich in Rücksicht auf die herrschende Epidemie. (Gelächter.) Lacrosse unterstützt die Nachtsitzung. Die Versammlung entscheidet, daß sie um $8\frac{1}{2}$ Uhr wieder zusammentrete. (Lärm.) Stimmen: Und Meyerbeer's Prophet! (Gelächter.) Die Versammlung trennt sich um $6\frac{1}{4}$ Uhr ziemlich aufgeregt.

— Man wollte heute in der Nationalversammlung wissen, daß die Regierung eine telegraphische Depesche vom 12. erhalten habe, derzufolge sich Toskana zu Gunsten des Großherzogs erhoben und die Republik umgestoßen habe. Der Munizipalrath von Florenz hatte sich der Regierungsgewalt bemächtigt, um sie bis zur Rückkehr des Großherzogs im Namen desselben zu verwalten. Ferner versicherte man, daß der Regierung die Nachricht von dem definitiven Friedensschluß zwischen Oesterreich und Sardinien, der in Verona stattgefunden, zugekommen sei. Man wußte indeß noch nichts Näheres über dieses wichtige Aktenstück, das offenbar der Politik Sardiniens eine ganz neue Richtung giebt.

— Die Anzahl der nach den Römischen Staaten abgesandten Truppen beträgt 14,000 Mann. Die Expedition soll in jeder Weise beschleunigt werden.

— Seit längerer Zeit sind die Bewohner der Insel Bourbon in die allerelendeste Lage versetzt, dadurch, daß ihre Verbindung mit Madagascar unterbrochen ist, von woher sie die nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu beziehen hatten. Zu wiederholten Malen waren von Seiten der Französischen wie der Englischen Regierung bei der Königin der Hovas Schritte gethan worden, um diesem Zustande abzuhelfen, aber ohne Erfolg. So sahen sich denn die armen Ansiedler zu dem Entschlusse gezwungen, Gewalt anzuwenden. Man begann in aller Stille die dazu nöthigen Vorbereitungen, und eine Expedition, welche zu gelingen viele Wahrscheinlichkeit hatte, war so eben im Begriff, unter Segel zu gehen, als der Gouverneur der Insel Maurice dem Generalcommissar der Französischen Republik, so wie dem Commandanten der Station die Meldung machte, daß er sich dem Unternehmen widersetzen würde, indem er die Rechte Frankreichs auf Madagascar nicht anerkenne. Diese Sprache Englands hat die Bewohner Bourbons aufs Höchste empört, und sie haben eiligst der hiesigen Regierung davon Kunde gegeben und neue Instruktionen verlangt.

Paris, den 17. April. Die Börse war heut sehr fest, aber geschäftslos. Man sagte, daß die Oesterreicher Florenz (wo, dem Constit. zufolge, Guerazzi verhaftet ward), Bologna und Ferrara genommen und die Contrerevolution in Toscana und dem Kirchenstaat begünstigt hätten.

— Der Adm. Hernoux hat von dem Prinzen von Joinville die unbeschränkteste Vollmacht erhalten, in Paris eine Gesellschaft zur Ausbeutung der, dem Prinzen gehörenden, in der Provinz S. Catharina (Brasilien) belegenen großen Besitzthümer, zu bilden.

— Bayonner Blätter vom 10. melden, daß der spanische Insurgentenführer Marsal den k. Truppen in die Hände gefallen sei. Er war, nächst Cabrera, der geschickteste und einflußreichste carlistische Führer.

— Die Expeditions-Flotte ist von Toulon noch nicht abgesegelt, wie verschiedene Blätter angegeben hatten; vielmehr wollte die Regierung unter allen Umständen erst das Votum der National-Versammlung abwarten. Sobald dies erfolgt war, ging die Depesche ab, nach deren Ankunft sofort die Anker gelichtet werden können.

— Endlich taucht auch einmal wieder der Prozeß von Limoges auf, den man, da er in seinem Anfange mit dem Prozeß in Bourges zusammenfiel, so ziemlich übersah und später ganz vergaß. Jetzt erfährt man, daß die Vernehmung der Zeugen beendigt ist, und daß der Urtheilsspruch wohl in Kurzem zu erwarten ist.

Italienische Blätter wollen wissen, daß England und Frankreich dem Papst 22 Artikel als Bedingungen der Intervention angeboten hätten. Diese Artikel sollen eine Amnestie ohne Ausnahme, die vollständige Säkularisation der Regierung, die Unversehrterhaltung aller politischen Freiheiten, die Abschaffung der geistlichen Gerichte in Civil- und Kriminalsachen u. s. w. verlangen. Es enthalten diese Andeutungen manches Wahrscheinliche. Dagegen will man wissen, daß der Papst zögere und Bedenken trage, in diese Bedingungen einzuwilligen; man erwarte jedoch, daß er endlich nachgebe.

Paris, den 18. April. In der Sitzung von verflossener Nacht bewilligte die National-Versammlung mit einer Majorität von 112 Stimmen (395 gegen 283) den ersten Artikel des von dem Ministerium vorgelegten Gesetz-Entwurfs über den für die Expedition nach Civitavecchia verlangten Kredit. Herr Odilon Barrot erklärte aufs bestimmteste, daß die Intervention eben so die Beschützung der italienischen Freiheit und National-Unabhängigkeit gegen etwanige Eingriffe Oesterreichs, dessen Truppen, dem General Lamoricière zufolge, bereits in Ferrara, Bologna und Florenz ständen, wie die Wiedereinsetzung des Papstes zum Zweck habe. Heute votirte die National-Versammlung den Rest des Gesetz-Entwurfs und zuletzt das Ganze mit 388 gegen 161 Stimmen, worauf sie die Diskussion des Finanz-Budgets wieder aufnahm, welche den übrigen Theil ihrer heutigen Sitzung ausfüllte. Schon gestern versicherte man in der National-Versammlung, die Regierung habe telegraphische Nachricht von einem Aufstand in Toscana zu Gunsten des Großherzogs erhalten; die Republik solle gestürzt sein und der Munizipalrath von Florenz im Namen des Großherzogs die Regierung übernommen haben. Heute nun wird in der That folgende Depesche aus Florenz vom 12. April veröffentlicht: „Der Gesandte Frankreichs an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Es hat in Florenz eine Reaktion zu Gunsten des Großherzogs stattgefunden. Die ganze Bevölkerung hat sich mit Enthusiasmus ausgesprochen. Herr Guerrazzi wird unter Bewachung gehalten. Die National-Versammlung ist aufgelöst. Man schickt eine Deputation nach Gaeta." Ferner wird aus Malta vom 10. April gemeldet, daß Catania nach einem Bombardement von der Seeseite und einem gleichzeitigen Angriff zu Lande von den Neapolitanischen Truppen genommen worden, und daß die Belagerer dabei gegen 700 Mann verloren haben. Auch Syrakus hat sich ergeben. Das Englische Dampfschiff „Bulldog" hatte von dort einen Polnischen General und mehrere Sicilianische Offiziere nach Malta gebracht. In Palermo und Messina sah man ebenfalls ernsten Ereignissen entgegen.

Großbritanien und Irland.

London, den 16. April Auch in unserem Staatsleben wird im Laufe der nächsten Wochen eine kleine Krisis eintreten, und die Folge davon wird entweder ein Ministerwechsel oder die Auflösung des Parlaments, oder Beides zugleich sein. Die beiden Hauptmaßregeln der bisherigen Session, die Reform der Schifffahrtsgesetze und die irische Hülfssteuerbill, werden nämlich im Oberhause, wie man in den Westend-Klubs mit Bestimmtheit wissen will, durchfallen. Gegen die Reform der Schifffahrtsgesetze wird sich eine Majorität von etwa 40 Stimmen aussprechen, deren Liste Lord Stanley schon in der Tasche haben soll. Daß die Minister dann abdanken werden, steht fest, und da keine politische Partei gegenwärtig im Unterhause Stimmen genug zählt, um die Regierung übernehmen oder wenigstens fortführen zu können, so wird man sich zu einer Berufung an das Land genöthigt sehen.

London, den 17. April. Hiesige Zeitungen berichten, daß Schießbaumwolle zum ersten Male im wirklichen Kriege bei der Erstürmung Multâns gebraucht worden sei und sich sehr gut bewährt habe.

— Ein gedienter und sehr geschickter See-Offizier, Comm. Jos. West, hat eine Erfindung gemacht, mittelst Eishämmern und Eissägen, welche an und auf Dampfbooten angebracht werden, die Nordpolgegenden zu durchschiffen. Die United Service Gazette erklärt diese Erfindung für eben so einfach, wie anwendbar, und hofft, daß die Admiralität damit baldigst einen Versuch machen werde.

— Eine neue indische Post (Bombay, vom 17. März) ist angekommen. Der von Lord Gough über die Sikhs am 21. Febr. erfochtene, glänzende Sieg wird vollständig bestätigt. Die Zeitungen beschäftigen sich ausschließlich damit. Der große Sieg war glücklicherweise nur von unbedeutenden Verlusten begleitet.

— Der Graf Montemolin, Don Carlos ältester Sohn, ist, nach seinem verunglückten Wiedereinsetzungs-Versuch, gestern wieder hier angekommen. Ludwig Philipp hat sich mit seiner Familie auf sechs Wochen von Claremont nach St. Leonards begeben.

— Die Behörden haben den, in Leith zwischen Preußischen und Dänischen Matrosen vorgekommenen Händeln dadurch ein Ziel gesetzt, daß alle Zollwächter als Spezial-Constabler vereidet und jedem Schiffe Beamte beigegeben wurden.

— Das zweite, gegen Duffy in Irland eingeleitete Strafverfahren hatte, wie das erste, wiederum kein Ergebniß. Da die Englische Prozeßordnung Einstimmigkeit der 12 Geschwornen erheischt, somit den wahren Charakter des Schwurgerichts festhält, die Geschwornen in dem vorliegenden Falle, trotz der vorgeschriebenen Einsperrung und der Entziehung von Nahrungsmitteln, aber sich nicht einigen konnten und überdies einer derselben erkrankte, so erklärten die Geschwornen ihr Geschäft für erledigt und Duffy wurde gegen Bürgschaft sofort in Freiheit gesetzt. Für den Duffyschen Fall dürfte sich in Dublin schwerlich noch eine in Uebereinstimmung zu bringende Jury finden.

— Der Minister des Auswärtigen hat verfügt, daß, da zwischen England und den schleswig-holsteinischen Herzogthümern Verträge nicht bestehen, die Schiffe der Herzogthümer nur als dänische in britischen Häfen zugelassen werden können. Was die unter deutscher Flagge segelnden holsteinschen Schiffe betrifft, so können sie an den, Dänemark zustehenden Begünstigungen keinen Theil nehmen, und da andererseits England mit dem deutschen Bunde keinen derartigen Vertrag abgeschlossen hat, so können diese Schiffe sich darauf auch nicht beziehen.

Die heutigen Blätter sind mit den Siegesnachrichten aus Indien fast ganz angefüllt Der glänzende Sieg in Güdschinrat wird ausführlich beschrieben. — Es hieß, daß Ld. Gough selbst seine Entlassung eingereicht habe. Wegen der Einverleibung des Pendschâb war noch keine Entscheidung getroffen. Indien war im Allgemeinen ruhig. In Scinde wüthete weder Aufstand noch Angriff von außen. Die Besatzung Multâns war nicht weiter belästigt worden. Sir J Litler war zum Präsidenten des Raths von Indien und stellvertretenden Gouverneur v. Bengal ernannt worden. In China ist die Lage der Dinge unverändert. Vorzugsweise beschäftigte der Umstand die Europäer und chinesischen Behörden, daß am 5. April die Thore der Tartarenstadt in Canton den Fremden geöffnet werden sollen Im Februar hatten Unterredungen zwischen dem Statthalter der Provinz Canton, dem britischen Gouverneur von Hong-Kong und dem amerikanischen Gesandten Statt. Das Ergebniß dieser Unterredungen ist noch nicht bekannt geworden.

Schweiz.

Graubündten. Das Felsgeklüfte ob Felsberg ist durch die feuchte Witterung dieses Frühjahres wieder in Thätigkeit gebracht worden, nachdem es nun schon, wenn wir nicht irren, seit zwei Jahren geruht. Am Ostermontag Nachmittag stürzte eine beträchtliche Masse unter donnerähnlichem Getöse ins Thal. Der Richtung nach, welche die Masse zu nehmen schien, wird dieser Sturz keinen erheblichen Schaden angerichtet haben.

Italien.

Turin, den 12. April. Die Gazz. Piemontese zeigt heute die Uebergabe von Genua offiziell an. Die Entwaffnung der Stadt geht ohne Schwierigkeit vor sich, und die zwei Forts Richelieu und Specula, die noch Widerstand leisten zu wollen schienen, sind von den Insurgenten verlassen. Der an den Häusern angerichtete Schaden ist nicht groß, der Menschenverlust auf beiden Seiten unbedeutend.

Modena, den 10. April. Der Herzog ist in seine Hauptstadt zurückgekehrt. Bei seiner Ankunft hat er einen Aufruf erlassen, worin es heißt: „Gott sei Dank, das sardinische Heer ist vernichtet!"

Kammer-Verhandlungen.

32ste Sitzung der Zweiten Kammer vom 21. April.

Präsident: Grabow.

Am Ministertisch: Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Ladenberg v. d. Heydt, v. Rabe, Simons und v. Arnim.

(Der Ministertisch ist an die Wand zurückgerückt; vor demselben befinden sich Stühle für Abgeordnete des Centrums.) Das Protokoll wird verlesen und genehmigt.

Der Referent v. **Vincke** verliest den Bericht der Kommission zur Begutachtung des Antrages der Abgeordneten Rodbertus und Genossen die deutsche Frage betreffend: Das Resultat desselben ist:

„Die Kommission hat den Antrag mit 11 gegen 9 Stimmen nicht als dringlich anerkennen können, weil nach Ansicht der Mehrheit zuvörderst das Ergebniß der in Folge der Cirkularnote vom 3. d. M. gepflogenen Verhandlungen abgewartet werden muß, bevor die Hohe Kammer zur Abgabe einer Erklärung irgend einer Art genügenden Anlaß erhält. In der Sache selbst kann die Mehrheit der Kommission, namentlich mit den beiden letzten Punkten des Antrags, sich nicht einverstanden erklären.

Die Kommission hat daher mit einer Majorität von 13 gegen 7 Stimmen der hohen Kammer folgenden Beschluß zur Annahme empfohlen:

In Erwägung, daß bei den Verwicklungen der europäischen Verhältnisse und eigenen Lage des Vaterlandes die baldige Verwirklichung eines den Erwartungen des deutschen Volks entsprechenden öffentlichen Rechts-Zustandes in Deutschland dringendes Bedürfniß ist; daß es Pflicht der deutschen Einzelnstaaten ist, zur baldigen Herbeiführung eines solchen Rechts-Zustandes nach Kräften mitzuwirken; daß ein solcher Rechtszustand nur dann in kürzester Frist ins Leben gerufen werden kann, wenn die deutschen Einzelnstaaten sich der von der deutschen National-Versammlung beschlossenen Verfassung nicht entziehen, erklärt die Zweite Kammer:

1) daß sie den in der Cirkular Note vom 3. April d. J. von der Regierung Sr. Majestät betretenen Weg jetzt in seiner weitern Verfolgung zur baldigen Herbeiführung eines entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland als geeignet nicht erachte;

2) daß sie vielmehr die Annahme der von der deutschen National-Versammlung Sr. Majestät angebotenen Würde eines Oberhauptes des deutschen Reichs auf den Grund der deutschen Reichsverfassung und unter Voraussetzung der Zustimmung der deutschen Regierungen als den geeignetsten Weg betrachtet haben würde, und es als wünschenswerth bezeichnen muß, daß auf denselben mit Rücksicht auf die gegenwärtige Sachlage wieder eingelenkt werde.

Zuerst wird die Debatte über die Dringlichkeit des Antrags eröffnet.

Rodbertus (für die Dringlichkeit): Ich habe nur wenige Worte zu sagen, denn wer die Dringlichkeit nicht fühlt, dem kann ich sie nicht begreiflich machen. Ich will nicht darauf hinweisen, daß man in Frankfurt Beschlüsse nur noch zurückhält, die uns gefährlich werden können und daß unsere Regierung bei Anerkennung der Verfassung erst die 33. sein wird, während es ihre Pflicht war, die Erste zu sein; ich will nur auf den Grund eingehen, den die Kommission gegen die Dringlichkeit anführt. Die 14 Tage, binnen welchen unsere Regierung sich erklären wollte, sind vorüber; überdies hatte die Kommission zur Zeit, als sie den Bericht anfertigte, noch nicht erfahren, daß 30 Regierungen sich bereits für die Anerkennung der Verfassung ausgesprochen. Die Lage der Sache ist dadurch eine ganz andere geworden.

Camphausen gegen die Dringlichkeit. Ueber die Dringlichkeitsfrage findet namentliche Abstimmung statt. Die Dringlichkeit wird mit 216 gegen 113 Stimmen anerkannt. Zwei Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung.

Hierauf wird die Diskussion über den Antrag selbst eröffnet.

v. **Vincke** knüpft an das Referat den Wunsch an, daß die Regierung endlich eine offene Erklärung abgeben möge. Der Minister des Auswärtigen habe es nicht einmal der Mühe werth gehalten, in der Kommissionssitzung zu erscheinen. Nur einen Kommissarius habe er geschickt, der einige nichtssagende Phrasen abgegeben. So sei es gekommen, daß die Kommission auch nicht die geringste Aufklärung über die jetzige Sachlage erhalten habe. Die Räthe der Krone würden es vor Europa nicht verantworten können, wenn sie auch heute wieder Schweigen beobachteten.

Minister des Auswärtigen: Amtsgeschäfte haben mich abgehalten, in der Kommissions-Sitzung zu erscheinen; deshalb habe ich nur einen Kommissarius absenden können. Es ist übrigens durchaus nicht üblich, die Instruktionen der Geschäftsträger, wie der Vorredner verlangt hat, mitzutheilen, da dies die wesentlisten Nachtheile bei den Unterhandlungen haben würde.

Minister-Präsident: Zur Lösung der allgemeinen Spannung habe ich Folgendes zu erklären: (lesend) 1) die Regierung ist sich bewußt, daß sie den Weg der Cirkularnote vom 23 Januar befolgt und auch in der Note vom 3. d. M. nicht verlassen hat.

2) Die Regierung hat von jeher den lebhaften Wunsch gehegt, die deutschen Staaten zu einem Bundesstaate zu vereinigen. Zu ihrem Bedauern muß sie jetzt erklären, daß eine solche Vereinigung für jetzt ein unübersteigliches Hinderniß gefunden hat und daß die Regierung hierin selbst eine Täuschung ihrer frühern Hoffnungen erblickt. Sie wird aber trotzdem ferner bestrebt sein, ihr früheres Ziel zu erreichen.

3) Daß die deutsche Verfassung erst der Annahme und Zustimmung der Regierungen zu ihrer Rechtsgültigkeit bedarf, ist schon oft ausgesprochen und auch in dem Berichte der Kommission anerkannt worden. Die Regierung Sr. Majestät hat in der Note vom 23. Januar den Weg betreten, um im Vereine mit den übrigen deutschen Staaten die von ihr für nothwendig erachteten Abänderungen durch geeignete Vorschläge zur Kenntniß der National-Versammlung zu bringen, und sich der Hoffnung hingegeben, daß auf diesem Wege diejenigen Bestimmungen entfernt werden würden, deren Beseitigung nothwendig erschien. Leider! leider! (der Ministerpräsident betont diese Worte besonders stark) ist diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Die Erinnerungen sind größtentheils ganz, ganz unberücksichtigt geblieben. Die Verfassung hat sogar außerdem in der zweiten Lesung noch Abänderungen erlitten, welche nur höchst nachtheilig genannt werden können. Diese Nachtheile sind so überwiegender Art, daß sich Sr. Majestät Regierung außer Stande sieht, die unbedingte Annahme der Verfassung anzurathen. Sie hat die Annahme vielmehr an gewisse Bedingungen knüpfen zu müssen geglaubt, welche ihr Bevollmächtigter in Frankfurt vorzulegen beauftragt ist.

Meine Herren! — fährt der Minister-Präsident in freier Rede fort — Ich erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an; aber man darf nicht rücksichtslos das Schiff den Winden und den Strömungen hingeben. Sonst wird es niemals in einen sichern Hafen gelangen — niemals — niemals — niemals!

v. **Bismark** (gegen den Antrag): Wir sollen über eine Frage entscheiden, welche verfassungsmäßig unserer Entscheidung gar nicht unterliegt. Auch die Erklärungen der 28 Regierungen sind für mich von keiner Bedeutung, da diese Staaten nur etwa 4—5 Millionen Unterthanen haben (Gelächter und höhnisches Bravo zur Linken), und ich in jenen Erklärungen nur das Bestreben von Ministern sehe, welche durch die Märzrevolution ans Ruder gekommen sind, sich in der konstitutionellen Anarchie, welche ihnen von Frankfurt geboten wird, zu schützen. (Gelächter.) Diese Erklärungen können nicht ins Gewicht fallen, wo es sich um die Zukunft Preußens handelt. Unser Beruf ist es aber nicht!, das Land durch Adressen und Erklärungen zu regieren; und wenn die Minister auf dergleichen Adressen Rücksicht nehmen sollten, so würde ich sie nicht mehr für die Beamten des Königs, sondern für die Beamten der zweiten Kammer halten. Ich muß es für Leichtsinn erklären, wenn wir in so wichtiger Sache bei der Berathung eines bloßen Antrags eine Verfassung anerkennen, die in vielen Punkten die Revision der Preußischen Verfassung präjudizirt. Zwei verschiedene Verfassungen können aber offenbar auf die Dauer nicht neben einander bestehen. Preußen zählte 16 Millionen Einwohner, diese dürfen sich nicht von 5 Millionen sogenannter Deutscher bestimmen lassen. Die deutsche Verfassung läßt der Krone aber kaum den nothdürftigsten Bestand. Sie stellt das Princip der Volkssouverainetät auf und läßt dem Könige nur das suspensive Veto. Damit hat aber der König so gut wie aufgehört zu regieren.

Die Frankfurter Versammlung verlangt ferner von dem zukünftigen Kaiser, daß er ihr das ganze Deutschland schaffe. Er muß also seine Königl. Kaiserlichen Beamten nach Oesterreich und Baiern schicken und dort die Zollverhältnisse festsetzen und die Armeen vereidigen lassen. Es ist aber doch wohl möglich, daß der Kaiser von Oesterreich und der König von Baiern sich dies verbitten, und der Kaiser ist also dann genöthigt, sie mit Krieg zu überziehen. Das ist aber gerade, was die Herren von der Umsturzpartei in Frankfurt (Heiterkeit) wollen, und wodurch sie den Kaiser in ihre Abhängigkeit bringen wollen. Glauben Sie nicht, daß sie sehr bald zu ihm sagen werden: glaubst du, dieser Adler sei dir geschenkt?" Die Erklärungen der beiden Simon lehren dies deutlich, und Schaffrath hat es in der sächsischen Kammer deutlich ausgesprochen, daß der Kaiser das ganze Deutschland zu schaffen habe. Seitdem ist die ganze radikale sächsische Kammer mit einem Male gut kaiserlich, ein Umschlag, der mir höchst verdächtig ist. Preußen würde also fortwährend in Krieg verwickelt werden, ja es ist schon sogar dazu genöthigt worden. Ich halte es für höchst verderblich, daß Königl. Preußische Truppen die Revolution in Schleswig-Holstein vertheidigen. (Heiterkeit.) Die Einheit, welche 28 terrorisirte Regierungen wollen, scheint mir nicht die zu sein, welche Preußen anstreben muß. Preußen ist im Stande, dem übrigen Deutschland Gesetze zu geben, und ehe ich zugebe, daß der König von Preußen Vasall der Herren Simon wird, will ich lieber, daß Preußen Preußen bleibt.

v. **Berg** (gegen die einfache Tagesordnung): Ich finde mich weder zum Humor, den der vorige Redner entwickelt, in einer so wichtigen Angelegenheit aufgelegt, noch will ich, wie er, von einem freien Bürger zum „Unterthan" herabsteigen. — Eben hat das Ministerium gesagt, es habe konsequent sein Ziel verfolgt. Früher jedoch wollten die Minister zur Annahme gerathen haben; jetzt erklären sie, daß sie nicht zur Annahme gerathen. Wo ist hier die Konsequenz? —

Der Antrag auf einfache Tagesordnung wird verworfen. Hierauf werden folgende, bereits hinreichend unterstützte Amendements verlesen: 1) von **Arnim** und Genossen: Die hohe Kammer wolle beschließen: I) In Erwägung, a) daß nach dem Bundesbeschlusse vom 30. März, 7 April v. J. und dem Mandate der Preußischen Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung der Weg der Vereinbarung zwischen ihr und den Regierungen zur Herbeiführung eines öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland vorgezeichnet war, b) daß, nachdem die Adresse der Kammer vom 13. März die Bildung eines engeren Bundesstaates bis zur Vereinigung aller deutschen Staaten in denselben begehrt, die Kammer denselben nicht für eine Täuschung der Erwartung Deutschlands erklären kann, c) daß aus dem sub. a. angeführtem Grunde die deutsche Verfassung ohne die Zustimmung der Regierungen der Einzelstaaten in diesen rechtsgültig ist,
geht die Kammer über den Antrag der Abgeordneten **Rodbertus** und Genossen, und II) In Erwägung: a) daß die sämmtlichen deutschen Regierungen, welche sich bis jetzt für die Uebertragung der erblichen Würde des Oberhauptes der Bundesstaates auf die Person Sr. Majestät erklärt haben, in ihrer Kollectiv-Note vom 14. d. M. in Beziehung auf den in der Cirkular-Note vom 3. April betretenen Weg ausdrücklich ihre höchste Anerkennung des Verfahrens der preußischen Regierung ausgesprochen haben; b) daß die Einlenkung in den Weg einer Annahme dieser Würde unter **Voraussetzung** der Zustimmung der deutschen Regierungen gegenwärtig schon aus dem Grunde unthunlich ist, weil 29 Regierungen offiziell ihre Erklärungen bereits abgegeben haben; c) daß endlich vor einer weiteren Aeußerung der Kammer die Mittheilung der Regierung über den Erfolg der Verhandlungen ihres Bevollmächtigten in Frankfurt abzuwarten ist; geht die Kammer über den Antrag der Kommission zur Tagesordnung über."

2) Von Graf **Schwerin** und Genossen: „Für den Fall, daß die hohe Kammer die Dringlichkeit dieses Antrages anerkennen sollte, möge dieselbe beschließen: In Erwägung, daß Se. Majestät der König in der der Deputation der deutschen National-Versammlung ertheilten Antwort die ihm angetragene Uebernahme der Würde eines Oberhauptes an die Bedingung des freien Einverständnisses der deutschen Regierungen geknüpft; das Königliche Staats-Ministerium aber in der Cirkularnote vom 3. d. M., dies näher erläuternd, ausdrücklich erkärt, daß Se. Majestät der König bereit sei, an die Spitze desjenigen deutschen Bundesstaates zu treten, der aus den Staaten sich bildet, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen, in fernerer Erwägung aber, daß die überwiegende Mehrzahl der deutschen Regierungen in Folge der durch die oben erwähnte Cirkularnote von Seiten Preußens an sie ergangenen Aufforderung nicht nur sich bereit erklärt hat, die von der deutschen Nat.-Verf. beschlossene Verfassung unverändert anzunehmen, sondern auch ihr freies Einverständniß dahin zu erkennen gegeben hat, daß Se. Majestät der König die ihm auf Grund dieser Verfassung angetragene Würde eines Oberhauptes des deutschen Bundesstaates annehmen möge, und in endlicher Erwägung, daß bei den Verwickelungen der europäischen Verhältnisse und der eignen Lage des Vaterlandes die baldige Verwirklichung eines den Erwartungen des deutschen Volkes entsprechenden Rechtszustandes in Deutschland dringendes Bedüfniß ist **erklärt die Kammer**, daß sie nunmehr den Augenblick für gekommen erachtet, in dem auch von Seiten Preußens die Annahme der deutschen Verfassung erfolgen könne; so wie, daß sie demnach den Wunsch hege, daß Se. Majestät der König sich der Uebernahme der ihm von Seiten der deutschen National-Versammlung und der deutschen Regierungen auf Grund dieser Verfassung angetragenen Würde eines erblichen Oberhauptes des deutschen Bundesstaates nicht länger entziehen wolle.

Es wurden ferner hinreichend unterstützt: 3) ein Amendement von **Libelt**: „Im Abschnitt 3. nach den Worten — „beschlossen worden" — folgenden Passus einzuschalten: unbeschadet der dem Großherzogthum Posen durch die Verträge vom Jahre 1815 und Königliche Verheißungen garantirten besonderen Rechte." 4) Ein Amendement von v. **Salzwedel**: ad 3., hinter die Worte „zulässig ist" zu setzen: und den dringenden Wunsch ausspricht, daß die Staatsregierung diese Verfassung gleichfalls als rechtsgültig anerkenne, und Se. Majestät der König auf Grund derselben die erbliche Kaiserwürde annehmen wolle;" und 5) ein Amendement von **Grün** des Inhalts: daß die deutsche Verfassung auf der Volkssouverainetät beruhe und daß deßhalb den Fürsten kein Widerspruch zustehe.

Rodbertus (für den Antrag): Unsere Regierung hat das Vereinbarungs-Prinzip nicht in dem Sinne aufgefaßt, wie jene dreißig Regierungen, die bereits ihre Zustimmung zur Verfassung ertheilt haben; die Preußische Regierung hat nicht blos das Prinzip der Zustimmung wahren wollen, sondern ist auf den Inhalt der Verfassung selbst eingegangen. Die Frankfurter Versammlung kann sich aber nicht mehr vereinbaren; Sie wissen, daß sich dieselbe die Hände gebunden hat. Das Verfahren der preußischen Regierung führt also entweder zur Oktroyirung oder aber dazu, daß die National-Versammlung ihr Mandat in einem noch höhern Sinne auffaßt und ein Gebiet betritt, welches Sie nicht wünschen. Bedenken Sie die hieraus entspringenden Gefahren! Am meisten sind dabei gerade die Interessen der Fürsten gefährdet. Es giebt Dinge, welche ein Volk niemals vergiebt. So würde das Deutsche Volk es niemals den Fürsten verzeihen, wenn die deutsche Einheit jetzt an den Kabinetten scheitern sollte. — Wenn die Verfassung auch nur für wenige Millionen Deutsche ins Leben tritt, so wird sie doch auf das übrige Deutschland und namentlich auf Rheinland und Wpstphalen, eine große Anziehungskraft ausüben.

v. **Berg**: Das Volk, sagt man, sei nur der eine Faktor, den andern bildeten die Fürsten. Aber sind die Fürsten etwas Anderes, als die Repräsendanten des Volkswillens. Es ist heute die Aeußerung am Ministertisch gefallen, die Regierung müsse die öffentliche Meinung beherrschen. Ja, die öffentliche Meinung muß beherrscht werden, aber nicht durch die Gewalt der Waffen, sonder durch die moralische Macht der freisinnigen und mit der öffentlicheu Meinung selbst harmonisch zusammenhängenden Handlungsweise der Regierung. Die Frage, welche wir heute verhandeln, ist eine hochwichtige; sie erregt Spannung in allen deutschen Gauen. Es handelt sich nicht um unsre mehr oder minder feindliche Stellung gegen Oesterreich, sondern es handelt sich darum, ob wir mit Dentschland gegen Oesterreich oder mit Oesterreich gegen Deutschland gehen wollen.

Der Minister des Innern: **Wir wollen Deutschland vor Frankreich bewahren.** Sie wollen die Wunde schließen, welche die Zeit geschlagen hat, wir glauben, daß die Stunde hierzu noch nicht gekommen ist, und daß diese Operation jetzt nicht ohne Gefahr für den Staatskörper vorgenommen werden kann. Auch wir trennen Preußens Stärke nicht von Deutschlands Stärke, aber Deutschland bietet seit 600 Jahren den Anblick des Auseinanderfallens dar, während Preußen stets im Zunehmen seiner Kraft gewesen ist, und wir wollen Preußen daher nicht aufgeben, ehe wir nicht Deutschland gewiß sind. (Große Unruhe, Bravo zur Rechten, Zischen zur Linken.) Von einem Redner ist uns vorgeworfen worden, daß die Antwort Sr. Majestät an die Frankfurter Deputation nicht offen genug gewesen ist. Ich glaube aber, daß unsere Politik seit dem 5. Februar offen gewesen ist und daß auch die Antwort Sr. Majestät dies deutlich gezeigt hat. Man verweist auf den Ernst der Stunde. Auch wir erkennen denselben vollständig, aber eben deshalb, weil wir wissen und fühlen, wie schwer das Gewicht dieser Stunde in die Wagschale fällt, haben wir Sr. Majestät diesen Rath gegeben.'

Grün spricht für sein Amendement.

Nachdem der um 3 Uhr von **Mätze** gestellte Antrag auf Schluß der Debatte verworfen worden, ergreift Graf **Schwerin gegen den Rodbertus**'schen Antrag das Wort: Der Rodbertus'sche Antrag habe gar nicht die immense Bedeutung, die man ihm unter pomphaften Phrasen beilegt. Der Stern Deutschlands wird trotz der Verwerfung dieses Antrags nur noch heller leuchten. — Die deutsche Verfassung tragt seit Annahme des suspensiven Veto's nicht mehr den Charakter einer konstitutionell-monarchischen. Im **allgemeinen** Stimmrecht liegt gerade die geringste Garantie, daß der **vernünftige** Wille des Volks zur Geltung gelangt. Der Begriff der konstitutionellen Monarchie ist der, daß das Volk nicht **blos** durch das Parlament, sondern durch das Parlament **und den König** repräsentirt wird. (Bravo!)

Wesendonck und **Pelzer** (Lennep) tragen auf Schluß der Debatte an. Derselbe wird herbeigeführt.

Schultze (Delitzsch erhält nochmals als Mitantragsteller das Wort: Wir haben wahrlich dem Antrage keine Wichtigkeit **usurpirt**: darüber wird die allgemeine Stimmung entscheiden. Das Todte muß dem Lebendigen weichen. Möge Preußen auch jetzt **den Moment** erfassen; denn nur dadurch ist es groß geworden. Das starre Festhalten am Alten taugt nichts, und das stolze, scharf betonte „Niemals" welches der Minister-Präsident heut ausgesprochen, **wird wohl dasselbe Schicksal haben, welches ein anderes Wort auf dem ersten Vereinigten Landtag gehabt.** Solche Aussprüche, sie mögen noch so sehr mit der Volgewalt der Autorität bekleidet sein, verschwinden wie Staub vor dem Hauche der Geschichte.

v. **Vincke** (als Referent) erklärt, daß er dem Antrage nicht beistimmen könne, weil die Verfassung nicht rechtsgültig sei, sondern erst durch die Zustimmung der Regierung rechtsgültig werden solle. — Er weist hierauf aus diplomatischen Schriftstücken nach, daß die Frankfurter Versammlung nur zur „Vereinbarung" berufen worden. Was den von der Preußischen Regierung eingeschlagenen Weg betrifft, so sei es allerdings der Weg des Rechts; es sei aber ein nobile officium der Preußischen Regierung gewesen, die Verfassung zuerst anzuerkennen. Die Frankfurter Nationalversammlung sei gelobt und angegriffen worden: — ihre beste Richterin werde die Geschichte sein, und die Versammlung werde überhaupt auf das Urtheil des Abgeordneten aus Brandenburg nicht viel geben. Der ehrenwerthe Deputirte sei in einer ziemlich **antediluvianischen** Anschauungsweise befangen. (Große Heiterkeit.) Er gratulirt dem Ministerium zu solchem Bundesgenossen, der noch absolutistischer — als es selbst, sei. Was von Bismark über den Schleswig-Holsteinischen Krieg und die Regierung der Herzogthümer gesagt, sei weder in deutschem noch in preußischem Sinne gesprochen. (Bravo! links.)

Die Frankfurter Verfassung sei eben das Beste, was man unter den gegebenen Umständen habe herstellen können. — Die Wahlen zum neuen Reichstage würden dann gerade konservativ ausfallen, wenn die Regierung nicht länger mit der Anerkennung der Verfassung zögere. Ueberdies müsse man dem gesunden Sinne des Volkes vertrauen. — Eine noch so unvollkommene Verfassung sei besser als gar keine.

Daß zur Revision der Verfassung zwei Drittel der Stimmen erforderlich seien, bilde zugleich ein Sicherungsmittel gegen Ueberstürzungen nach der demokratischen Seite hin.

Von **besonnenen** Männern erwarte man, daß sie das, was sie gestern nach bester Ueberzeugung beschlossen, heute nach den Befehlen der Regierung zurücknehmen sollten! Das sei eine großartige Ironie, das hieße die Ehre jener Männer mit Füßen treten.

Wie solle eine Vereinbarung jetzt zu Stande kommen? Eine **neue** Nationalversammlung könne nicht zusammenberufen werden; eine Oktroyirung sei rechtlich unmöglich.

Der rechtliche Weg muß allerdings eingeschlagen werden; aber alle Bedenken, welche diese Frage erwecken kann, im Wege des Civil-Prozesses zu erwägen, ist eine Unmöglichkeit. Als Friedrich II. durch sein Schwert Schlesien eroberte, hat er wohl schwerlich alle rechtlichen Bedenken in ihrer ganzen Konsequenz verfolgt. Ich wünschte daher, daß die Minister Sr. Majestät dem Könige riethen, der kühnen Politik seines Ahnherrn zu folgen.

Man hat gesagt, nicht der Enthusiasmus, sondern die politische Nothwendigkeit müsse für die Politik maßgebend seiu. Allerdings, wenn man in der Studierstube ausrechnen könnte, was Alles kommen wird und was eine politische Nothwendigkeit ist, dann würde ein solcher Rath vortrefflich sein. Da aber eine solche Berechnung unmöglich ist, so muß sich die Politik nicht blos nach der politischen Nothwendigkeit, sondern vielmehr nach den **Gefühlen** des Volkes richten.

Man hat ferner gesagt: wenn man vor einem Jahre Kraft und Energie bewiesen hätte, würde man der Bewegung einen Damm haben entgegensetzen können; man möge dies wenigstens heute thun, wo die Bewegung sich zu verlaufen anfange. Ich glaube aber, man kann hierauf das anwenden, was man von der Bewegung einer Kanonenkugel erzählt, die langsam, scheinbar unschädlich fortrollt, bis man ihr ein Bein entgegenstreckt, um sie aufzuhalten, und die dann das Bein zerschmettert. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß folgt.)

Locales 2c.

Posen, den 23. April. Seit einigen Tagen wiederholen sich die früher so oft gerügten Unregelmäßigkeiten in dem Eintreffen der Berliner Mittags-Zeitungen und Correspondenzen, ein Uebelstand, der bei der augenblicklichen Gespanntheit auf die weitere Entwickelung der Ereignisse auch von dem größern Publikum jetzt desto empfindlicher verspürt wird. Sollte es denn gar nicht möglich sein, die so häufigen Störungen in dem Anschlusse der zwischen hier und Berlin kursirenden Posten zu beseitigen, und der die rasche Beförderung der Nachrichten aus der Hauptstadt auch für unsern Ort aufs Beste zu sichern?

⁂ Bromberg, den 20. April. Die Gemüther unserer Politiker sind in großer Aufregung, indem die Antwort unseres Königs an die Frankfurter Deputation in der Kaiserfrage von den Einen die herbste Mißbilligung erfährt, die Andern sie dagegen für zeitgemäß erachten und ruhig abwarten zu müssen glauben, was die Fürsten jetzt beschließen werden, da die Zeit revolutionärer Ueberstürzung vorüber sei. Die erste Ansicht vertritt besonders der Deutsche Bürgerverein, die letzte der patriotische. Von Seiten des Deutschen Bürgervereins sind Adressen an beide Kammern abgesandt worden, welche das Benehmen des Ministeriums in dieser Angelegenheit mißbilligen und die Kammern zu energischem Handeln auffordern. An unseren Deputirten in der zweiten Kammer, den Major v. Voigts-Rhetz, geht ebenfalls eine Adresse ab, in welcher er aufgefordert wird, den Rodbertusschen Antrag zu unterstützen.

Heute ist hier das 1. Bataillon des 4. Infanterie-Regiments eingerückt; die vorhergehenden Tage kam das 2. und 3. Bataillon desselben. Sr. Excellenz, der Herr General-Lieutenant v. Wedell hat alle 3 Truppenabtheilungen eingeholt. Das 2. Bataillon bleibt bei uns, die beiden andern marschiren weiter nach Süden. Unser bisher hier garnisonirendes 14. Infanterie-Regiment ist dagegen jetzt auf dem Marsche nach Berlin begriffen, wo es weitere Ordre erwartet.

Theater.

Daß wirklich gute Waare immer ihre Anerkennung findet, wenn auch die Käufer nicht gleich bei der ersten Ausstellung schaarenweis herbeieilen, bewies die am Sonntag stattgehabte erste Wiederholung der Flotow'schen Oper: „Martha", indem nicht nur alle Ränge des Hauses von Schau- und Hörlustigen stark besetzt waren, sondern auch fast jede irgend hervortretende Gesangnummer laut applaudirt und die Darsteller der vier Hauptpartieen — hier die Herren Jehle und Tietze, und die Damen Ludewig und Echten — am Schlusse unter stürmischem Beifall gerufen wurden. Dieses Tonwerk, durch Sujet und Composition gleich unterhaltend, ist aber auch ein wahrer Gewinn für die komische Oper, deren Literatur bekanntlich in Deutschland nicht sehr reich ist, wenn gleich nicht durchweg heitere Motive, namentlich in den letzten Akten, der Composition zu Grunde liegen. Letztere ist vom Anfange bis zum Schluß ansprechend, und muß dem Ohre des Laien, wie des Musikkenners gleichen Genuß gewähren, weil der Componist alle Extreme geschickt zu vermeiden, dagegen überraschende Uebergänge in Menge, die bei einer so gelungenen Stimmführung von außerordentlicher Wirkung sind, anzubringen gewußt hat. Die Ausführung war, mit Rücksicht auf die uns gestatteten Ansprüche, in jeder Beziehung lobenswerth: Sänger und Sängerinnen beherrschten ihre Parthien und trugen sie, den Situationen angemessen, mit künstlerischer Behandlung vor; das Orchester spielte präcis und discret, so daß die Singstimmen nie gedeckt wurden. Nach dem Erfolge, den diese Aufführung gehabt, läßt sich mit Grund voraussetzen, daß die allbeliebten Flotow'schen Opern — „Stradella" wie „Martha" — hier noch viele Wiederholungen erleben werden, da der höchste Genuß eines Tonwerks bekanntlich erst dann eintritt, wenn man in seine innerste Wesenheit eingedrungen und zu seinem tiefern Verständniß gelangt ist.

Ref. kann diesen Bericht nicht schließen, ohne das Publikum noch darauf aufmerksam zu machen, daß der berüchtigte politische Zeitspiegel: „der rothe Republikaner", der in Berlin so viel Rumor macht, schon am nächsten Donnerstage hier zur Aufführung kommen soll, und daß unser ehrenwerther Gast, Herr Jerrmann, den großen Republikaner darin spielen wird. G.

Markt-Bericht.

Berlin, den 20. April.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 53—58 Rtlr. Roggen loco 24—25½ Rtlr., schwimmend 86pfd. 24—25½ Rthlr., pr. Frühj. 82pfündig. 24 Rthlr. Br., 23¾ verk., Mai/Juni 24 Rthlr. Br., Juni/Juli 24¾ a ½ Rthlr. verk. u. Br., Juli/Aug. 25 Rthlr. Br., 24¾ G., Sept./Oktbr. 26½ Rthlr. Br., 26 bez. Gerste, große loco 21—22 Rthlr., kleine 17—19 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—15 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfünd. 14 Rthlr. Br., 13¼ G. Rüböl loco 14¼ Rthlr. Br., pr. April 14¼ Rthlr. Br., 14⅛ G., April/Mai 14 Rthlr. Br., 13 11/12 bez., 13⅞ G., Mai/Juni 13¾ Rthlr. Br., 13⅚ G., Juni/Juli 13½ Rthlr. Br., 13 5/12 G., Juli/August 13¼ Rthlr. Br., 13⅙ G., Aug./Sept. 13 Rthlr. Br., 12 11/12 G., Sept./Okt. 12⅚ Rthlr. Br., 12¾ G., Okt./Nov. 12⅔ Rthlr. Br., 12½ G. Leinöl loco 11⅔ Rthlr. Br., Lieferung 10¾ Rthlr. Br., 10½ G.

Spiritus loco ohne Faß 14⅛ a 14 1/12 Rthlr. verk., mit Faß 14 verk., April/Mai 14⅙ Rthlr. Br., 14 G., Mai/Juni 14½ Rthlr. Br., 14⅓ G., Juni/Juli 15 Rthlr. Br., 14¾ bez. u. G., Juli/August 15⅔ Rthlr. Br., 15½ G., Aug./Sept. 16 Rthlr. Br., 15⅚ G.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 15. bis 21. April.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
15. Apr.	+ 5,0°	+ 6,3°	26 Z. 11,3 L.	SO.
16. „	÷ 1,2°	+ 2,2°	27 „ 3,7 „	NW.
17. „	— 1,3°	+ 7,8°	27 „ 6,0 „	W.
18. „	+ 2,2°	+ 4,7°	27 „ 4,3 „	NW.
19. „	+ 0,0°	+ 7,8°	27 „ 6,0 „	W.
20. „	— 1,0°	+ 5,6°	27 „ 7,3 „	SO.
21. „	+ 3,0°	+ 7,5°	27 „ 5,0 „	NO.